

Streitplatz

Gunther Hellmann

Wider die machtpolitische Resozialisierung der deutschen Außenpolitik

Ein Plädoyer für offensiven Idealismus

„(S)tates will display characteristics common to competitors: (...) they will imitate each other and become socialized to their system“. [Kenneth Waltz]

„Ich wäre zufrieden, wenn meine Regierungszeit als eine Zeit in Erinnerung bliebe, in der eine neue Ausrichtung der Außenpolitik geschaffen wurde.“ [Gerhard Schröder]

*„Beeilt Euch zu handeln, ehe es zu spät ist zu bereuen!“
[Willy Brandt]*

Trotz aller Desillusionierungen, die die *neuere Wissenschaftsforschung*¹ modernen Wissensgesellschaften zumutet, zehrt die Wissenschaft nach wie vor von einer Aura distanzierter Wahrheitsuche, die mit wissenschaftlicher Tätigkeit einher gehen soll. Die Meinungsseite der Tageszeitung ist daher (*noch*) kein Publikationsort, wo man akademische Karrierepunkte sammeln kann, die mit „peer reviewed journals“ vergleichbar sind. Manchmal erscheint es einem hauptberuflichen Wissenschaftler aber trotzdem angezeigt, sich dem Genre des Mei-

¹ Ich verzichte an dieser Stelle auf detaillierte Belege. Diese finden sich jedoch in einer ausführlicheren Fassung, die unter http://www.soz.uni-frankfurt.de/hellmann/mat/Welttrends_2004_Anm.pdf verfügbar ist. Kursivsetzungen im Text signalisieren solche Verweise. Für konstruktive Kritik danke ich den Teilnehmern eines Gesprächs bei der Berliner Repräsentanz der Herbert-Quandt-Stiftung sowie eines Kolloquiums an der FU Berlin. Des Weiteren danke ich meinen Studenten und Kollegen an der Universität Frankfurt sowie Wolfgang Wagner und Reinhard Wolf.

nungsbeitrages anzunähern – und zwar vor allem dann, wenn sich Problembeschreibungen und Handlungsanweisungen aufdrängen, die Albert O. Hirschmann als „*action arousing gloomy visions*“ charakterisierte. Umso dankbarer ist er dann, wenn sich „Streitplätze“ finden, die die Funktion des Zwischenglieds zwischen Meinungsseite und IB-Fachzeitschrift übernehmen. Nachdem sich *frühere Befürchtungen* zur Entwicklung deutscher Außenpolitik in den letzten Jahren schneller als erwartet (und gegen den Trend des wissenschaftlichen Diskurses) zu düsteren Visionen verdichtet haben, scheint mir der Zeitpunkt gekommen, die imaginäre Grenze zwischen seriöser Wissenschaft und bloßer Meinung zu überschreiten. Mit den folgenden Thesen lade ich daher zum Streit ein über eine düstere Vision, die uns nach meiner Überzeugung zum Nachdenken und Handeln mobilisieren sollte.

1. Die Außenpolitik Deutschlands steckt in *einer der tiefsten und weitreichendsten Krisen* der Nachkriegsgeschichte. Diese Krise ergibt sich aus einer Verquickung selbst verschuldeter innerer Fehlentwicklungen auf der einen Seite und (bestenfalls mittelbar beeinflussbarer) veränderter internationaler Rahmenbedingungen auf der anderen Seite. Sie äußert sich in einer sich weitenden Kluft zwischen wachsendem, strategisch aber ungeklärtem außenpolitischem Gestaltungsanspruch einerseits und schrumpfenden Ressourcen andererseits. Keine dieser krisenhaften Entwicklungen ist über Nacht über Deutschland herein gebrochen. Einiges davon ist seit längerem absehbar und politisch gewollt. Dazu gehören die unter dem Begriff der „Normalisierung“ subsumierten Entwicklungen. Anderes hat sich über die Jahre hinweg zusammen gebraut, dann aber überraschend und gewiss nicht immer erwünscht über Deutschland entladen. Dazu zählen die Ereignisse nach dem 11. September 2001. Was hier als „Krise“ bezeichnet wird, erscheint anderen als eine *normale Entwicklungsphase im Prozess des „Erwachsen“-Werdens*. Beiden Beschreibungen liegt allerdings ein gemeinsamer Nenner zugrunde: die machtpolitische Resozialisierung Deutschlands im *Konzert der großen Mächte*. Dieser Resozialisierungsprozess hat bereits in der ersten Hälfte der 1990er Jahre begonnen. Deutlichere Konturen gewann er jedoch erst mit dem Amtsantritt Gerhard Schröders und seiner Selbststilisierung als „*selbstbewusster*“ *Kanzler einer „erwachsenen Nation“*. Seither haben sich mit jeder neuen außenpolitischen Krise neue Resozialisierungserfolge eingestellt.

2. Weder „Remilitarisierung“ noch „Renationalisierung“ bringen diese Entwicklung angemessen auf den Begriff. Wie diejenigen mit einem längeren Kurzzeitgedächtnis noch wissen, zählten beide Begriffe bis weit in die 1990er Jahre zu den heraus ragenden Schlagworten im außenpolitischen Diskurs. Sie sind mittlerweile zum einen deshalb aus der Mode gekommen, weil die hauptverdächtigen „Remilitarisierer“ und „Renationalisierer“ derzeit in der Opposition stehen und Nestbeschmutzer nirgends willkommen sind. Zum anderen sind sie aber auch

deshalb nicht mehr treffend, weil Bundeswehreinheiten in Afghanistan Deutschland nicht „remilitarisieren“ und Stabilitätspaktsuspendierungen das Land noch nicht „renationalisieren“. Beide Entwicklungen lassen sich aber recht einfach unter dem Etikett „gelungener“ machtpolitischer Resozialisierung subsumieren: Im Falle Afghanistans bot sich der Bundesregierung die einmalige Chance, nicht nur unter der Fahne der Zivilmacht die Rechte der Frauen am Hindukusch zu verteidigen und gleichzeitig die *deutsche Resistenz gegenüber Sonderwegen unter Beweis zu stellen*, sondern auch gegenüber der Vormacht USA das Mitspracherecht der Deutschen in den großen weltpolitischen Fragen einzuklagen und Punkte für einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat zu sammeln. Dafür riskierte der Bundeskanzler mit der Vertrauensfrage sogar sein politisches Schicksal. Dass George Bush in der nächsten Anti-Terror-Etappe die „Konsultations“-Erwartung Schröders im Falle des Irak nicht ganz so ernst nahm, stieß in Berlin jedoch übel auf. Unter den neuen Bedingungen wurde daher Afghanistan zum Hebel, um neben dem Schutz afghanischer Frauen nun die deutsche Abstinenz im Irak zu rechtfertigen. Beim Stabilitätspakt stellt sich die Lage noch einfacher dar, denn um eine simple „Renationalisierung“ geht es hier schon deshalb nicht, weil nicht die DM wieder eingeführt, sondern durch massiven deutschen Druck (und assistiert von mehr als willigen Franzosen) die europäischen Spielregeln den veränderten deutschen Bedürfnissen angepasst wurden. In beiden Fällen (Afghanistan und Stabilitätspakt) zeigt sich demnach, dass die alten Ängste (und genau das verbarg sich ja hinter „Remilitarisierung“ und „Renationalisierung“) zu „deutsch“ und damit auch zugleich „über-realistisch“ und unterkomplex formuliert waren: (Re-)Militarisierung und (Re-)Nationalisierung erscheinen vor dem Hintergrund europäischer Mehrebenenpolitik und „global governance“ einfach als ausgeleierte Schlagworte, die nicht mehr passen. Dass allerdings in der EU des Jahres 2004 auch „Machtpolitik“ ein Anachronismus sei, ist zwar eine in Deutschland noch immer weit verbreitete Hoffnung; ganz so einfach lässt sich diese Wunschvorstellung allerdings nicht mit der Realität inner-europäischer (ganz zu schweigen: transatlantischer) Konflikte versöhnen. Gewiss, Machtpolitik unter „Euro“-Bedingungen wird andere Merkmale aufweisen als Machtpolitik in einem nationalistisch aufgeputschten Europa an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert. Aber dass diese mit jener mehr gemein hat als viele Kritiker des Realismus zugehen wollen, scheint mittlerweile selbst dann auf der Hand zu liegen, wenn man einräumt, dass Machtpolitik selten offen propagiert wird – und zwar selbst von jenen nicht, die den *Realismus nach wie vor für vergleichsweise erklärungskraftig oder zumindest richtungweisend* halten.

3. Machtpolitische Resozialisierung besteht aus einer „Machtpolitik“- und aus einer „Resozialisierungs“-Komponente. Resozialisierung verweist darauf, dass sich Außenpolitik-Orientierungen unter dem Druck innerer und äußerer Rahmenbedingungen behaupten müssen. So wie die harte Bewährung eines aus der

Haft Entlassenen erst außerhalb der Gefängnismauern beginnt, so begann für Deutschland der harte „Zivilmacht“-Test erst nach Erlangung der „vollen Souveränität“. Das Glück (oder, je nach Blickwinkel, Pech) der Deutschen bestand damals darin, dass kaum jemand daran interessiert war, dass das vereinigte Deutschland weiterhin als „Zivilmacht“ glänzte – zumindest was die Kehrseite der „Scheckbuch“-Medaille, die militärische Abstinenz, angeht. Die Bundeswehr auf dem Balkan zu sehen, war kein ungestilltes deutsches Verlangen, sondern schon deshalb ein nützliches Instrument in den Kalkülen anderer, weil die Deutschen bestens ausgebildete militärische Kräfte zur Verfügung stellten und sie darüber hinaus – da nützte „die Geschichte“ auch unter machtpolitischen Gesichtspunkten den anderen noch immer – keine lauten (Kommando-)Ansprüche stellten. Dass Deutschlands Verbündete „mehr Verantwortung“ verlangten, war jedoch zumindest insofern nie genschieristisch gemeint, als die Berliner Entscheidungsträger dies als Aufforderung zur Erhöhung des Entwicklungshilfeeats verstehen sollten. Die *dehnbare (und tatsächlich weit gedehnte) Formel von der wachsenden außenpolitischen „Verantwortung“* bezog sich fast immer auf die Bundeswehr – und sie wurde auch von niemandem so konsequent in diesem Sinne übersetzt wie vom *gegenwärtigen Bundeskanzler*. „Die Verbündeten“ hätten angesichts ihrer realpolitischen Vorsprünge allerdings wissen können, dass machtpolitische Resozialisierungsprozesse manchmal nicht nur schneller wirken als intendiert, sondern oft auch das Gegenteil dessen bewirken, was beabsichtigt war. Erhofft hatten sich die meisten Verbündeten ein Deutschland, das steuerbar bleibt wie zuvor, nun aber zumindest seine militärischen „Verkrampfungen“ löst und die Bundeswehr zur Unterstützung von Operationen entsendet, die (wie früher) weit gehend in Washington, Paris oder London gelenkt werden. Dass die Deutschen über kurz oder lang eigene Steuerungsansprüche stellen könnten, war wohl einkalkuliert, letztlich aber eher auf längere denn kürzere Frist erwartet worden. Die Bundesregierung lernte ihre *realpolitischen Lektionen* allerdings sehr schnell. Innerhalb von drei Jahren nahm sie nach dem Durchbruch zum „normalen Verbündeten“ im Kosovo in Afghanistan den „Kampf gegen den Terror“ auf, lehnte im Sommer 2002 aber jegliche *Irak-„Abenteuer“ als mit einem „deutschen Weg“ unvereinbar* ab. Auch wenn der Irak-Fall von manchen als Wiederauferstehung der Bonner Zivilmacht gefeiert wird, passt er – wenn man denn der Zivilmacht eine eher klassische, auf Machtmaximierung zielende Mittel- oder Großmacht dichotomisch gegenüber stellen wollte – viel besser zu letzterer, weil hier die einseitige Festlegung des Bundeskanzlers, dass sich Deutschland unter keinen Umständen an UN-Zwangsmaßnahmen gegen Saddam Hussein beteiligen würde, als Machtpolitik-Indiz schwerer wiegt. Ein anderes Urteil wäre nur dann gerechtfertigt, wenn man überzeugend nachweisen könnte, dass die Bundesregierung den *Machtpolitik-Resistenztest* bestanden hat. Auf einen kurzen Nenner gebracht besteht dieser darin, ob außenpolitische Initiativen internationale Regelwerke stärken (also die Bindungswirkung internationaler Nor-

men erhöhen) und damit die Spielräume für einzelstaatliche Eigenmächtigkeiten einschränken. Bei diesem Test ist die Bundesregierung in den letzten Jahren wiederholt durchgefallen.

4. Resozialisierungen können nur gelingen, wenn der Sozialisant den Sozialisationsagenten entweder ausgeliefert ist oder ihnen freiwillig eine gewisse Empfänglichkeit für ihr Sozialisationsansinnen entgegenbringt. Dies war im deutschen Fall bereits recht bald nach der Vereinigung gegeben. Unter den Kohl-Regierungen war „Normalisierung“ nach 1990 allerdings als eine der neuen Schlüsselkategorien des außenpolitischen Diskurses noch mit Vokabeln wie „*Bündnisfähigkeit*“ verknüpft und weitgehend auf die Ermöglichung einer Beteiligung der Bundeswehr an gemeinsamen Operationen der NATO auf dem Balkan bezogen worden. Entsprechend wurde „Normalisierung“ damals auf der Linken auch zumeist mit dem Begriff der „*Remilitarisierung*“ gepaart. Dass „Normalität“ und „Zivilität“ vor dem Hintergrund der üblichen Sprachspiele der Außenpolitik eine nicht ganz so harmonische Synthese eingehen würden, wie in den Sonntagsreden suggeriert, wurde jedoch erst nach dem Regierungswechsel 1998 offensichtlich. „*Scheckbuchdiplomatie*“ und andere Formen der „*Leisetreterei*“ wurden für *anormal erklärt* und „*Respekt*“-*Hascherei* als außenpolitische Pflichtübung im Schaulaufen der Großmächte wieder entdeckt. Die Bereitschaft der Deutschen, sich dem machtpolitischen Sozialisierungsdruck schnell zu ergeben, ist allerdings nicht nur ein Elitenphänomen der Berliner Republik. Viel mehr lässt sich anhand zahlreicher *Umfragen* belegen, dass politische Führung und öffentliche Meinung bereits seit längerem in dieselbe Richtung marschieren.

5. So offensichtlich die erfolgreiche machtpolitische Resozialisierung auf den zweiten Blick heute auch erscheinen mag, so überraschend stellt sie sich nach wie vor auf den ersten dar. Dass das vereinigte Deutschland auf Dauer eine „*Zivilmacht*“ bleiben würde, schien nach der Vereinigung eigentlich überdeterminiert; alle Faktoren, die jenseits verstaubten „*realistischen*“ *Theorieguts* zu den Triebkräften der modernen internationalen Politik gerechnet wurden, prädestinierten das neue Deutschland schon einzeln dafür, weiter auf dem Tugendpfad der alten Bonner Republik zu wandeln: die *historische Läuterung* im Allgemeinen und die *Erfolgsgeschichte* bundesdeutscher Außenpolitik im Besonderen; die weitgehende politische *Integration* mit den (west-)europäischen Nachbarn einerseits und die *ökonomische Abhängigkeit* von offenen und funktionierenden internationalen Handelswegen andererseits. Dass diese Faktoren im vereinigten Deutschland wie nirgends sonst auch noch gebündelt auftraten, schien die Extrapolation einer Bonner Republik mit einer außenpolitischen „*Kultur der Zurückhaltung*“ weit ins 21. Jahrhundert zu einem Selbstläufer zu machen.

6. Desto mehr reibt sich die „community“ heute die Augen, wie diese Veränderungen eigentlich passieren konnten. Dass die „*Machtvergessenheit*“ passé ist, wird zwar *hie und da noch gefeiert* – wobei schon die Tatsache, dass *konservative Historiker* zur Siegerkranzflechtung für sozialdemokratische Kanzler antreten, die erdrutschartigen Verwerfungen im außenpolitischen Koordinatensystem der Republik bestens markiert. Bei eher bedächtigeren Realisten scheint sich nach *anfänglichem Beifall* für die machtpolitisch zupackende Art der neuen Generation mittlerweile aber der Verdacht eingestellt zu haben, dass „*verantwortliche Machtpolitik*“ doch eine Gratwanderung darstellen könnte, die deutsche Kanzler ohne das Format eines Bismarck, Adenauer oder Brandt überfordern, und der Schuß in die *falsche machtpolitische Richtung* losgehen könnte. Trotzdem kann noch nicht davon die Rede sein, dass die überraschenden außenpolitischen Entwicklungen der letzten Jahre die wissenschaftliche Gemeinschaft bereits in aristotelisches Staunen versetzt hätten. Zwar ist die Zeit schon wieder zu weit fortgeschritten, um die größeren Publikationen zur deutschen Außenpolitik aus den letzten Jahren in Haftung zu nehmen, aber wenn man sich auf diesem Terrain derzeit orientieren will, dominiert noch immer das Bild einer weit gehenden „*Kontinuität deutscher Außenpolitik*“ in der Traditionslinie der Bonner Republik. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Krise deutscher Außenpolitik auch als eine Krise deutscher Außenpolitikforschung dar – zumal diese im vergangenen Jahrzehnt einen zuvor selten gesehenen *Boom* erlebte. Das *langsame Erwachen* scheint allerdings begonnen zu haben. Es ist nun zu hoffen, dass Urteile von gestern, die sich womöglich in ihrer längerfristigen wissenschaftlichen Belastbarkeit als nicht ganz so tragfähig erweisen wie vielleicht erwartet, nicht zum Anlass für professionspolitisches „finger pointing“ genommen, sondern als Ansporn verstanden werden, den wissenschaftlichen Werkzeugkasten (Begriffe, Methoden, Theorien) einer Inventur zu unterziehen und die Werkzeuge dem veränderten Gegenstand anzupassen.

7. Wenn der hier gewählte *Zugriff* tatsächlich tragfähiger ist als jener der im letzten Abschnitt kritisierten Arbeiten, dann müsste er sich durch eine längere Halbwertszeit ausweisen können. Urteile über gute (oder schlechte) Wissenschaft lassen sich zwar ohne Weiteres auch aus der Perspektive der Zeitgenossenschaft fällen. „*Prognosekraft*“ gilt allen Wissenschaften aber aus gutem Grund als ein Kriterium des Qualitätsnachweises. Die längere Halbwertszeit müsste sich daher u.a. dadurch ausweisen können, dass eine Lagebeschreibung geliefert wird, die hinsichtlich der Gegenwart triftig erscheint und im Blick auf die Zukunft tragfähig ist. Man könnte sie in dieser Hinsicht für desto wertvoller erachten, je stärker sie vom „*mainstream*“ abweicht und je besser sie sich auf Dauer bewährt. Die folgenden Zuspitzungen stellen einen Selbstversuch in diesem Sinne dar.

8. Ganz im Sinne der drei Eingangszitate deutet derzeit viel darauf hin, dass die machtpolitische Resozialisierung Deutschlands weiter an Geschwindigkeit gewinnen wird. In einem traditionellen Zugriff sprächen vor allem zwei Faktoren für diese Erwartung: zu einem geringeren Teil die Tatsache, dass die *personelle Konstellation an der Spitze* deutscher Außenpolitik und die (über kommunizierende Röhren verlaufenden) *Rückkopplungsprozesse* mit der breiteren Öffentlichkeit keine Anhaltspunkte liefern, dass eine Richtungsänderung wahrscheinlich ist. Zu einem größeren Teil könnte man sogar verführt sein, diese Prognose auf „objektive strukturelle Faktoren“ zurück zu führen: ein *komplizierteres außenpolitisches Umfeld* in den beiden traditionellen institutionellen Kontexten deutscher Außenpolitik, der EU wie auch der NATO, sowie eine *schrumpfende Ressourcenbasis*, die nicht nur alte „Nettozahlerrollen“ nicht mehr zulässt, sondern nach Thatchers Muster („I want my money back“) *nach außen gerichtete Ressourcenmobilisierungsstrategien* nahe legt. Ein solcher traditioneller Zugriff würde jedoch deshalb zu kurz greifen, weil ein anderer Blickwinkel, der insbesondere an fehl geleiteten Ambitionen und einer kontraproduktiven Problembeschreibung ansetzt, zu anderen Schlüssen führen kann.

9. Aus diesem alternativen Blickwinkel erscheinen die handelnden Individuen (z.B. Bundeskanzler) und Kollektive („Deutschland“) als *genuin kreative Akteure*, die in der Wahl ihrer Problembeschreibungen und der daraus abgeleiteten Handlungsprogramme zwar nicht völlig frei, aufgrund ihrer Erfahrung und Intelligenz aber durchaus in der Lage sind, vermeintlichen „objektiven strukturellen Zwängen“ zu trotzen. In scharfem Kontrast zum Realismus wird daher den handelnden Akteuren aus diesem Blickwinkel prinzipiell ein beträchtliches Trotzpotenzial zugestanden. Gegenwärtig spricht allerdings wenig dafür, dass sie es auch realisieren wollen. Dem „Streitplatz“ angemessen werden daher im Folgenden notwendige Differenzierungen zugunsten einer bewussten Zuspitzung vernachlässigt und den wissenschaftlichen Kritikern überlassen. Stattdessen wird mit dem Konzept der machtpolitischen Resozialisierung eine mir zunehmend plausibel erscheinende Beschreibung einer Entwicklungslinie angeboten, die im Blick auf die Vergangenheit genauso *Erklärungsimplicationen* beinhaltet wie sie für die Zukunft einige *Szenarien* eher nahe legt und andere eher ausschließt. Kritiker, die diese Beschreibung als weder triftig noch tragfähig verwerfen, möchte ich einladen, ihrerseits mit alternativen Beschreibungen aufzuwarten. Vor einigen Jahren hätte dazu beispielsweise eine Beschreibung unter dem Stichwort der *anhaltenden Europäisierung deutscher Außenpolitik* gehört. So wie mein Vorschlag als Dramatisierung erscheinen mag, so würde ich mittlerweile die Beschreibung deutscher Außenpolitik als Ausdruck anhaltender Europäisierung aus einem einfachen Grund als Verharmlosung charakterisieren: Falls man die 1990 noch gängige, dichotomische Beschwörungsformel eines „europäischen Deutschland“, das einem „deutschen Europa“ gegenüber gestellt wurde, zum Referenz-

maßstab für die Beurteilung seitheriger europäischer Entwicklungen machen würde, läge die Schlussfolgerung auf der Hand, dass *nicht nur Deutschland, sondern auch Europa „deutscher“* geworden sind. Vor diesem Hintergrund erscheint mir das Risiko der Dramatisierung dann erträglicher als das Risiko der Verharmlosung, wenn man die Möglichkeit ernst nimmt, dass wir an der Schnittstelle zwischen weit zurück reichenden historischen Entwicklungslinien einerseits wie auch gegenwärtigen politischen, ökonomischen und transnationalen Verflechtungen im Rahmen der Europäischen Union andererseits noch immer auf *Wissensbestände* verwiesen sind, die eine besonders hervor gehobene deutsche Rolle in Europa als eine risikobeladene Entwicklung erscheinen lassen – zumal dann, wenn diese mit der Wiederentdeckung machtpolitischer Durchsetzungsstrategien einher geht.

10. Die Kritikerin könnte nun einwenden, dass all dies noch nicht das Brandt-Zitat am Anfang rechtfertigt. Selbst wenn man unterstellt, dass die These der machtpolitischen Resozialisierung zutrifft, folgt daraus noch nicht, dass ein *Rückfall in alte innereuropäische Großmachtrivalitäten* oder ein Zerfall der Europäischen Union droht. Solche Extrapolationen würden, so könnte diese Kritikerin zu Recht anmerken, die grundlegend neuen Realitäten EU-europäischer Regierens völlig falsch einschätzen. Die Erwiderung wäre eine doppelte: Argumentationstaktisch würde ich erstens behaupten, dass die mittel- und langfristigen Risiken der Dramatisierung weniger gefährlich ausfallen als die Risiken der Verharmlosung. Entgangene deutsche Machtgewinne wären das Schlimmste, was passieren könnte, wenn politische Entscheidungsträger präventiv eine zurückhaltendere Politik betrieben, die Dramatisierung machtpolitischer Resozialisierung sich letztendlich aber als falsch herausstellte. Weit reichende Wohlfahrts- und Stabilitätsverluste könnten sich dem gegenüber einstellen, wenn sich die Verharmlosungsstrategie als falsch erwiese. Eine zweite Erwiderung bestünde in dem rhetorischen Verweis auf andere, zunächst unerwartete Entwicklungen der letzten Jahre, die sich dann überraschenderweise doch eingestellt haben: Wurde nicht lange auf die ausgesprochene *Belastbarkeit der transatlantischen Sicherheitsgemeinschaft* verwiesen, und hat diese – hinsichtlich ihrer vermeintlichen Dauerhaftigkeit als Kooperationsgemeinschaft ebenfalls überdeterminierte – Sicherheitsgemeinschaft nicht in kürzester Zeit markante Risse in ihrem Fundament zu verzeichnen, die nur wenige vorhergesehen haben, die *heute aber in großer Einmütigkeit konstatiert* werden? Wer hätte, wenn er Mitte der 1990er Jahre gefragt worden wäre, wie sich die deutsche Außenpolitik unter einer rot-grünen Regierung im Jahr 2004 darstellen würde, in etwa vorausgesehen, was tatsächlich eingetreten ist? Die nahe liegenden Antworten auf diese Fragen scheinen mir gute Gründe zu suggerieren, die die Risiken einer irreführenden Dramatisierung im Vergleich zu den Risiken einer irreführenden Verharmlosung mehr als erträglich erscheinen lassen. Dies gilt zumal dann, wenn man sich vor dem

Hintergrund der letzten Ereignisse innerhalb der EU (Suspendierung des Stabilitätspaktes, Scheitern des Brüsseler Gipfeltreffens im Dezember 2003) eine erweiterte Union vorstellt, in der Deutschland dem *oftmals vernehmbaren Rat* folgt und (etwa) nach dem britischen oder französischen Vorbild machtvoll für seine (eng definierten) „nationalen Interessen“ eintritt. Wäre es unter diesen Bedingungen wirklich plausibel, ein „So-what“-Durchwursteln nach eingefahrenen europäischen Mustern fort zu schreiben, oder wäre es unter diesen Bedingungen nicht zumindest ähnlich plausibel, wenn nicht sogar weit überzeugender, Desintegrationstendenzen zu unterstellen, die sich in einer Verquickung negativer Feedbacks im schlimmsten Fall auch zu einer Desintegrationspirale verselbstständigenden könnten?

11. Krisen haben im Allgemeinen nicht nur den Nachteil, dass sie Momente erhöhter Gefahr darstellen, sondern auch den Vorzug, dass sie als wichtige Entscheidungspunkte beträchtliche Chancen einer Neuorientierung beinhalten. Bislang wurden (vielleicht über Gebühr) die Risiken der sich abzeichnenden machtpolitischen Resozialisierung Deutschlands betont. Abschließend soll das Bild etwas aufgeheitert werden. Dazu erscheint allerdings ein weiterer Zwischenschritt nötig. Wenn wir einmal unterstellen, dass klar wäre, was „normale“ Außenpolitik ist – d.h. wenn wir einmal (wie dies wohl zumeist getan wird) unterstellen, dass eine gewisse Portion machtpolitischer Durchsetzungsfähigkeit und eben auch praktizierter Machtpolitik zum „normalen“ Repertoire jeder „reifen“ Demokratie dazu gehört – wie würden wir dann (a) normativ rechtfertigen, dass die Welt mehr von dieser Art „Normalität“ braucht, und wie würden wir (b) analytisch die Zukunft dieser Welt zeichnen? (Wie) Könnte das Argument überzeugen, dass eine Welt voller „normaler“ Außenpolitik eine bessere Welt wäre? Ich gestehe, dass ich mir hier Aufklärung durch die „Normalisierungs“-Anhänger erhoffe. Mir fallen keine überzeugenden Argumente ein. Insofern scheint mir zumindest vorläufig auch die Schlussfolgerung zwingend, dass es gerade aus einem in hohem Maße „normalitäts“-geschädigten deutschen Blickwinkel nicht ratsam sein kann, *machtpolitische Normalität zum neuen normativen Fixpunkt* einer außenpolitischen Neuorientierung zu erklären. Was ist die Alternative? Zwei Perspektiven sind hier denkbar: (a) eine stärker binnenorientierte und (b) eine vom Kopf auf die Füße gestellte (zugegebenermaßen etwas utopisch anmutende) Sozialisationsperspektive.

12. Die Binnenperspektive würde den Orientierungsbedürftigen anstelle der „*nach vorne*“ *blickenden Normalitätsanhänger* die (allseits als Erfolgsgeschichte gepriesene) außenpolitische *Traditionslinie der Bonner Republik* als starke und einfach wieder zu gewinnende Alternative empfehlen. Träfe die Analyse zu, dass manche Fehlentwicklung der gegenwärtigen Außenpolitik einem mangelnden nationalen Selbstwertgefühl geschuldet ist, fiel es in dieser Perspektive auch

leicht, in der Bonner Republik jene *modernen Quellen eines berechtigten „Nationalstolzes“* zu lokalisieren, die jenseits normalistischer machtpolitischer Durchsetzungsstrategien auch als zukunftsfähig gelten können. Statt *hoch oder tief zu stapeln*, könnte ein „deutscher Weg“, der mit den außenpolitischen Trophäen der Bonner Republik geschmückt wäre, zudem als jene *via media* zwischen Hoch- und Tiefstaplerei gefeiert werden, die sogar die Nachbarn bereitwillig mit gehen würden.

13. Eine solche Besinnung auf die modernen Wurzeln außenpolitischen Erfolgs würde zum anderen auch visionäres Potenzial beinhalten. Wenn Geschichte offen ist und wir daher nicht die Sklaven unserer Vergangenheit sind, dann muss dem *Prinzip Verantwortung* ein gebührender Platz eingeräumt werden. Zu diesem könnte die abschließende, aus heutiger Sicht eher an eine Utopie denn eine verantwortungsbewusste Zukunftsvorstellung grenzende Idee zu rechnen sein. Im Kontrast zu den gängigen („rationalistischen“) Varianten eines zumeist *defensiven „Liberalismus“* und in Anlehnung an eine Binnendifferenzierung zwischen unterschiedlichen *realistischen Varianten*, könnte man diese Vorstellung als „*offensiven Idealismus*“ bezeichnen. Im Unterschied zu neuesten *teleologischen Idealismus-Interpretationen* würde sie nicht einen Weltstaat als „unvermeidlich“ ausweisen, wohl aber eine grundlegende Transformation der Weltpolitik in den Bereich des Möglichen, Wünsch- und (zumindest langfristig) Realisierbaren rücken, wo nicht Großmächte mit „normalen“ Außenpolitiken um Statusvorteile ringen, sondern große Demokratien sich als Agenten einer sich stetig ausbreitenden Idee des *Regierens jenseits des Nationalstaates* bewähren, indem sie Außenpolitik nach der *Ischinger-Formel einer „modernen Großmacht“* nicht nur in Reden in evangelischen Akademien propagieren, sondern im Großmachtalltag praktizieren: dass sie versuchen zu überzeugen statt zu drohen, einzubinden statt zu beherrschen, Partner zu gewinnen statt Gegner in Schach zu halten. In einer Sozialisierungsperspektive würde Deutschland hier den Spieß umdrehen und vom Sozialisanten der machtpolitischen Resozialisierung anderer zu einer der wichtigsten Sozialisationsagenturen einer weltpolitischen Transformation. Für die nachholende Entwicklung Deutschlands zu einer stolzen, weltweit geachteten Demokratie sollte das mehr als ausreichend Kompensation bereit halten. Es wäre dies auch eine „Neuausrichtung“ deutscher Außenpolitik, von der wir aufgrund unseres gegenwärtigen Wissens nicht annehmen müssten, dass wir später einmal Grund haben sollten, unser heutiges Handeln zu bereuen.